

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 18. Sitzung (neu)

am Mittwoch, dem 17. Mai 2006, 10:00 Uhr,
in der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein,
24988 Sankelmark

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Hartmut Hamerich (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Hans Müller (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Zielsetzung und der Projekte des European Centre for Minority Issues	6
Berichterstatter: Marc Weller, Direktor des European Centre for Minority Issues	
2. Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion (KOM (2005) 494) sowie Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (KOM (2006) 35)	10
Berichterstatter: Dietlind Jering, stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Hans Peter Mallkowsky, Leiter des Referats Europapolitische Planung im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	
hierzu: Umdruck 16/796	
3. Föderalismus-Reform	14
Fortsetzung der Beratung aus der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit dem Innen- und Rechtsausschuss - Beratung über mögliche weitere Initiativen (Stichworte: EU-Haftung, Artikel 23 GG)	
hierzu: Umdruck 16/762	
4. a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/416	
(überwiesen am 27. Januar 2006 an den Sozialausschuss und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	
b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/537	
(überwiesen am 27. Januar 2006 an den Sozialausschuss und an alle weiteren Ausschüsse)	

5. Landessprachenchartabericht und Minderheitenbericht **15**

6. Verschiedenes **16**

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einleitend begrüßt Herr Dr. Schöning, der Vorsitzende des Vorstands der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein e. V. Sankelmark, die Mitglieder des Europaausschusses. Vor acht Jahren sei der Umzug nach Sankelmark vollzogen worden und es gebe eine intensive Zusammenarbeit mit der Akademie Sankelmark, bei der man die auftretenden Synergieeffekte nutze.

Die Europäische Akademie Schleswig-Holstein ruhe auf drei Säulen, einer Europa-Akademie, einer Europäischen Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten und einer Europäischen Justiz- und Rechtsakademie des Nordens. Während die beiden ersten Akademien gut funktionierten, zeige sich bei der dritten Akademie, dass der Standort recht abgelegen sei. Es gebe deshalb Bestrebungen, sich stärker auf die Nähe zu Skandinavien und die Nahtstelle zu skandinavischem Recht zu besinnen. Es bestehe zudem eine gute Zusammenarbeit mit der Akademie Baltica.

Man bemühe sich darüber hinaus, die Kooperation mit dem Landtag zu verstärken. Zwei Abgeordnete, Ingrid Franzen und Johannes Callsen, seien auch Mitglieder des Vorstandes. Eine weitere Kooperation existiere mit der Hochschule Jarplund. Im Bereich der Minderheiten sei das DialogForumNorden gegründet worden, ein Forum, bei dem sich alle Minderheiten nördlich und südlich der Grenzen austauschen könnten. Man versuche, ein typisches Profil zu entwickeln, die Kürzung von öffentlichen Mitteln sei problematisch gewesen, man habe dies aber bewältigen können. Die Akademie könnte sogar kostendeckend arbeiten, dann müsse jedoch auf die Europaveranstaltungen verzichtet werden, was nicht mit der Zielsetzung der Einrichtung übereinstimme.

Herr Dr. Pelka erläutert die Geschichte des Hauses und die baulichen Veränderungen der letzten Jahre. Die beiden Akademien, die Akademie Sankelmark und die Europäische Akademie Schleswig-Holstein, seien rechtlich selbständig, würden aber gemeinsam ein Tagungshotel betreiben. Die Zuschüsse zu den Akademien flössen in die Bildungsarbeit, das Tagungszentrum sei eigenständig.

In der Organisationsstruktur sei die Person des Direktors das verbindende Element zwischen beiden Akademien. Er führt aus, im Jahr 2005 seien von der Akademie 157 eigene Veranstaltungen organisiert worden, für die die Teilnehmer individuell eingeladen worden seien. Zudem habe man circa 250 Gastveranstaltungen betreut. Bei den eigenen Veranstaltungen seien

6.500 Menschen mindestens zwei Tage in der Akademie gewesen, weitere 3.500 für Gastveranstaltungen.

Nur ein Fünftel der Kosten werde durch öffentliche Zuschüsse gedeckt, die Akademie sei ein Dienstleistungsunternehmen im Bildungsbereich.

Bei der Akademie handele es sich zudem um den größten Arbeitgeber in Sankelmark mit 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Zielsetzung und der Projekte des European Centre for Minority Issues

Berichterstatter: Marc Weller, Direktor des European Centre for Minority Issues

Herr Weller, der Direktor des European Centre for Minority Issues (ECMI), führt in das Thema ein, indem er über die Gründungsgeschichte des ECMI referiert, das ECMI vor zehn Jahren gegründet worden sei. Schleswig-Holstein erweise sich als einer der besten Förderer des ECMI, das sich auf hohem internationalem Niveau bewege. Es nehme eine Mittelstellung zwischen Regierungs- und Nichtsregierungsorganisationen ein, man sei jedoch nicht von Regierungsweisungen abhängig, was eine hohe Flexibilität erlaube.

Das Mandat des ECMI ruhe auf mehreren Säulen. Eine Säule stelle die praxisorientierte Wissenschaft dar, die durch die hohe Spezialisierung zu einer gewissen Isolation führe. Es gebe aber einige internationale Verbindungen. Insgesamt sähen die fünf wissenschaftlichen Mitarbeiter des ECMI ihre Aufgabe darin, Resultate der Wissenschaft so umzuwandeln, dass sie praxisbezogen anwendbar seien.

Aber auch in wissenschaftlicher Hinsicht sei das ECMI mit der Herausgabe von Zeitschriften und Kommentaren sehr aktiv. Forschungsschwerpunkte bestünden in Konflikttransformation, politischer Partizipation von Minderheiten, Ökonomie und sozialer Dimension. Es gebe zudem regionale Schwerpunkte, den Kaukasus und Moldawien, Romaangelegenheiten, zum Beispiel in Serbien und Montenegro und den Balkan.

Zu den Möglichkeiten und Perspektiven führt Herr Weller aus, das Budget des ECMI betrage 600.000 €, die Deutschland und Dänemark anteilig aufbrächten. Diese Mittel stellten jedoch

nur einen kleinen Teil des Gesamtbudgets dar, ein Großteil werde über Projektmittel erworben, was für eine gewisse Instabilität Sorge. Man bemühe sich weiterhin um Förderer. In diesem Jahre stehe eine wissenschaftliche Evaluation an, der man ruhig entgegenblicke.

Abg. Ritzek interessiert sich für den Standard, mit dem die Evaluation stattfinden solle. - Herr Weller weist darauf hin, dass keines der ähnlichen europäischen Institute den gleichen Rang inne habe wie das ECMI. Eine Ausnahme bilde das Bolzano-Institut, das über ein wesentlich größeres Budget verfüge. Ein Vergleich mit Universitätsinstituten sei schwierig, weil dort der Praxisbezug eine geringere Rolle spiele.

Das Land Schleswig-Holstein halte seine Zusage über die Zurverfügungstellung von 17.000 € nicht ein, was zu Schwierigkeiten mit der Förderung von dänischer Seite führe, weil die angestrebte Äquivalenz der Förderung von beiden Seiten so nicht erreicht werde. Man wolle sich weiter strategisch in Netzwerken engagieren, auch der Ministerpräsident zeige Interesse daran, das ECMI in Brüssel zu präsentieren.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden führt Herr Weller aus, zur Gründung des ECMI sei eine institutionelle Förderung der Europäischen Union geplant gewesen, die jedoch nicht habe realisiert werden können. Seit der Gründung habe keine institutionelle Förderung stattgefunden, man werde vonseiten der Europäischen Union auf die Möglichkeit hingewiesen, über Stiftungsgelder an finanzielle Mittel zu gelangen.

Abg. Fischer fragt nach den Kontakten zu Dänemark, zu den Hochschulen, in welchen Bereichen Schwerpunkte der Kooperation lägen und welche Regierungen die Hilfe des ECMI außerhalb von Krisenregionen in Anspruch nähmen. – Herr Weller führt aus, es gebe unter anderem Aufträge aus Dänemark, im vergangenen Jahr zum Beispiel einen großen Grant zum Balkan oder zurzeit in Bezug auf den Kaukasus. Weiter erläutert er, man habe sich in Bezug auf die Kooperation mit den Universitäten vor einigen Jahren sehr darum bemüht, mit der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet einen Masterstudiengang ins Leben zu rufen, dieses Projekt sei jedoch nach zwei Jahren intensiver Vorbereitungszeit von der Universität Flensburg nicht fortgeführt worden. Es gebe jetzt erneute Bemühungen, ein Seminar an der Syddansk Universitet durchzuführen, worin auch die Universität Flensburg involviert sei. Darüber hinaus gebe es Beziehungen zu dem Institut für Völkerrecht der Universität Kiel und zum SCHIFF.

Abg. Fischer interessiert, welches Land in Europa vorbildlich sei und welche Ideen aus diesem Land möglicherweise von Deutschland übernommen werden könnten. - Herr Weller antwortet, es gebe kein Modellland für den Umgang mit Minderheitenfragen, dafür aber gegen-

teilige Beispiele. In Rumänien und Bulgarien gebe es vor allem in Hinblick auf den anstehenden Beitritt zur EU noch viel zu tun.

Zu den Beziehungen zu Kaliningrad möchte Abg. Fischer wissen, welche Aktivitäten das ECMI dort durchgeführt habe. – Herr Weller führt aus, dass sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine Vielzahl von Migranten nach Kaliningrad auf den Weg gemacht habe, was ein gewisses Potenzial für ethnische Konflikte berge. Man habe gemeinsam mit der Regierung einen Working Table organisiert, an dem zum Beispiel Projekte für die Erhöhung von Bildungschancen geplant würden. Dies sei das erste Mal gewesen, dass sich die Regierung mit diesen Fragen befasst habe.

Abg. Lütkes betont den Stellenwert der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein und zeigt sich deshalb verwundert, das Schleswig-Holstein nicht als Beispiel für gute Regelungen genannt worden sei. Sie möchte wissen, wie Herr Weller zur Regelung in der Landesverfassung stehe. Darüber hinaus interessiert sie, wie in der Praxis die Beratungsarbeit geleistet werde und wie die praktische Arbeit genau aussehe, sowie welche fassbaren Ergebnisse es gebe. Zur Zusammenarbeit mit Hochschulen fragt sie kritisch nach, ob es zielführend sei, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass die anderen jetzt die Arbeit leisten müssten und man selbst nicht mehr aktiv sein wolle, wie Herr Weller dies zuvor ausgeführt habe.

Herr Weller betont, das ECMI bilde das regionale Netzwerk, dessen Ziel darin bestehe, regionale Einrichtungen zusammenzubringen. Man plane jedoch keine Aktivitäten wie den weiteren Versuch der Einrichtung eines Masterstudiengangs. Was die Differenzen mit Dänemark angehe, sei das besonders auf eine Person zurückzuführen, die nun aber für ein anderes Gebiet zuständig sei.

Zu Schleswig-Holstein führt er aus, es sei ein sehr gutes Modell. Das ECMI sei aber zu drei Fragen explizit nicht tätig, und zwar zu Fragen der Minderheiten in Dänemark, der dänischen Minderheit in Deutschland und deutschen Minderheiten im Ausland generell.

Auf eine kritische Nachfrage des Abg. Fischer zur Politik des ECMI, sich mit den drei genannten Politikbereichen nicht zu beschäftigen, erläutert Herr Weller, es gebe ein stillschweigendes Übereinkommen, dass sich das ECMI nicht mit Fragen der deutschen Minderheit in Dänemark beschäftige. Die Regelung, sich nicht mit deutschen Minderheiten im Ausland beschäftigen zu wollen, habe man selbst eingeführt, um nicht den Ruf eines deutschen Wachhundes zu bekommen. Es gebe daneben noch den Aspekt, dass das deutsche Innenministerium für deutsche Minderheiten im Ausland zuständig sei. Diese Politik habe sich bisher be-

währt, sollte es aber eine öffentliche Anfrage geben, werde man sich diesem Thema nicht verschließen.

Im Hinblick auf die praktische Arbeit erläutert Herr Weller, dass die Resultate durchaus sichtbar seien. Man habe mehrere Veröffentlichungen herausgebracht und in manchen Regionen das Landesverfassungsgesetz gemeinsam mit den Minderheiten erarbeitet. In anderen Regionen habe sich das ECMI minderheitenpolitisches Gehör verschafft und ermöglicht, dass diese sich organisierten. Herr Weller beklagt das geringe Interesse der Medien am ECMI und bietet die Dienste als Expertenorganisation an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion (KOM(2005) 494) sowie Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (KOM(2006) 35)

Berichterstatter: Dietlind Jering, stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Hans Peter Mallkowsky, Leiter des Referats Europapolitische Planung im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

hierzu: Umdruck 16/796

Frau Jering, die stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, trägt die im Anhang wiedergegebene Präsentation vor. An diese Präsentation schließt sich eine Diskussion an.

Herr Mallkowsky führt aus, das Problem mit der Diskussion über den Verfassungsvertrag bestehe nicht darin, dass zu wenig für ihn geworben worden sei oder werde. Das Grundproblem gehe tiefer und liege darin, dass die europäische Idee insgesamt an Zustimmung verliere. Dies führe zu drei Erkenntnissen:

Erstens könnten allein auf die Verfassung bezogene Maßnahmen das europäische Akzeptanzproblem nicht lösen, man benötige eine breitere Diskussion über Umfang und Ziel der europäischen Integration und ihren Mehrwert. Das Problem mit der Verfassung sei ein Symptom und nicht die Ursache.

Zweitens seien die klassischen Informations- und Werbekampagnen der letzten Jahre gescheitert und hätten nicht verhindert, dass die Umfrageergebnisse immer schlechter geworden seien.

Das bedeute drittens, dass man einen neuen Ansatz benötige, durch den die Europapolitik in der öffentlichen Diskussion und im öffentlichen Bewusstsein den gleichen Stellenwert wie Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik erhalte. Anders formuliert: Es gehe nicht mehr um Werbung, um Public Relations, sondern um eine politische Diskussion.

Deshalb sei vor diesem Hintergrund begrüßenswert, dass die Europäische Kommission als Ergebnis ihrer Reflexionsphase eine neue Kommunikationsstrategie formuliert habe. Mit dem Weißbuch führe die Kommission die Neuformulierung ihrer Kommunikationspolitik fort.

Herr Mallkowsky stellt fest, dass die in der Strategie enthaltenen positiven Ziele mehr Dialog, mehr Dezentralität und mehr Bürgerorientierung alleine jedoch leider nicht ausreichen, den Verfassungsvertrag zu retten oder der europäischen Idee mehr Akzeptanz zu verschaffen.

Im folgenden benennt er die aus seiner Sicht bestehenden Mängel des Plans D und des Weißbuchs zur Kommunikationsstrategie. Diese bestünden darin, dass die Europäische Kommission ihre Rolle lediglich darin sehe, als Initiator und Moderator zu fungieren.

Problematisch sei auch die Beschränkung der Vorschläge der Europäischen Kommission auf die üblichen Elemente einer Werbekampagne, die sich in der Vergangenheit, zum Beispiel bei der Einführung des Euro, nicht bewährt hätten.

Kritisch müsse außerdem das Selbstverständnis der Kommission als Steuermann und nicht als Teilnehmer eines politischen Diskurses bewertet werden, zum Beispiel seien Vorschläge zur Einführung eines selbstverpflichtenden europäischen Verhaltenskodexes zur Kommunikation und der Aufbau eines eigenen Dienstes zur Aufbereitung von Informationsmaterial für die Medien seien Beispiele für das doch sehr zentralistische Verständnis von politischer Kommunikation.

Herr Mallkowsky informiert darüber, dass sich zurzeit eine Stellungnahme des Bundesrates in Abstimmung befinde, die die grundlegenden Ziele der Kommunikationsstrategie und des Plans D begrüße, aber eine stärkere regionale Ausrichtung in Deutschland und eine stärkere inhaltliche Beteiligung der Kommission anmahne. Die unter maßgeblicher Beteiligung von Schleswig-Holstein entstandene Stellungnahme weise außerdem besonders daraufhin, dass die Kommunikationsstrategie kein Ersatz für Politik sei.

Ein neuer Ansatz der Kommunikation müsse sicherstellen, dass die Europafähigkeit der Bürgerinnen und Bürger und der gesellschaftlichen Akteure verbessert werde. Ziel einer europäischen Kommunikationspolitik müsse daher die Vermittlung von Kenntnissen über die europäische Dimension, kompetente Nutzung europäischer Instrumente und die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene sowie das Aufzeigen und die Diskussion bestehender Mängel in Europa sein.

Daraus folge, dass eine erfolgreiche Kommunikationspolitik nur auf lokaler und regionaler Ebene wirken könne. Die Länder spielten dabei in Deutschland eine zentrale Rolle. Deshalb sei die Europäische Kommission zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern aufgefordert. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass Europapolitik kein isoliertes Politikfeld, sondern ein fachliches Querschnittsthema sei. Zielgruppen mit spezifisch fachlichen

Betroffenheiten müssten entsprechend angesprochen werden. Eine Diskussion über Europa könne nur dann Akzeptanz finden, wenn sie nicht unkritisch geführt werde. Darüber hinaus müsse eine starke Verknüpfung mit konkreten landespolitischen oder regionalen Themen erreicht werden.

Herr Mallkowsky stellt im folgenden die schleswig-holsteinischen Schwerpunkte dar. Dazu gehöre, dass die regionale Verankerung der klassischen Informationsarbeit gestärkt werde. In erster Linie habe die Europa-Union Deutschland die überparteiliche Informationsarbeit übernommen, ein Outsourcing, das sich bewährt habe. Dazu gehöre auch die Europawoche, bei der mit Bedacht der Schwerpunkt auf lokale Veranstaltungen gelegt werde. In diesem Jahr werde ein neuer Rekord mit 120 Veranstaltungen erreicht, die die Präsenz des Themas in kleineren Städten und Gemeinden verstärken solle.

Europa müsse darüber hinaus frühzeitig ansetzen, insbesondere im Bildungsbereich. In diesem Zusammenhang nähmen die Europaschulen und die Maßnahmen des IQSH eine wichtige Rolle ein.

Auch die Fachkooperation mit Akteuren in Schleswig-Holstein müsse ausgebaut werden, zum Beispiel mit den kommunalen Landesverbänden oder mit dem Europäischen Verbraucherzentrum Kiel.

Ein weiterer Punkt bestehe darin, die Europafähigkeit durch europapolitische Fachgespräche zu fördern und direkte Kontakte zwischen den Akteuren in den Dienststellen der Europäischen Union und in Schleswig-Holstein zu schaffen, insbesondere bei den Themen, die zukünftig eine wichtige Rolle für das Land spielen würden. Dabei komme es darauf an, in enger Kooperation mit den jeweiligen gesellschaftlichen Akteuren die Handlungsmöglichkeiten zu verbessern und nicht übliche politische Werbung zu betreiben.

Herr Mallkowsky führt zusammenfassend aus, reine Kommunikationsstrategien griffen zu kurz, solange sie sich als werbendes Element verstünden und zentral organisiert seien. Die Hauptarbeit müsse auf lokaler Ebene geschehen, besonders im Hinblick auf die Konkretisierung und Gestaltung europäischer Bezüge und Handlungsmöglichkeiten.

Abg. Lütkes betont in der anschließenden Aussprache, dass auch die Kommunikation zwischen Landesregierung und Europaausschuss ausbaufähig sei. Der Europaausschuss habe sehr intensiv bereits in den Bereichen gearbeitet, die Herr Mallkowsky empfohlen habe. Kritisch bemerkt sie, dass eine frühere Abstimmung im Hinblick auf den Plan D zwischen Landesregierung und Europaausschuss hilfreich gewesen wäre. Sie möchte die Kosten der Maßnahmen

wissen und auf welche Weise man gedenke, viele kleine Veranstaltungen mit wenig Geld zu organisieren.

Herr Dr. Pelka erklärt, dass hinter vielen Projekten nicht die Absicht stehe, nachhaltige Bildungsarbeit zu leisten, sondern eher spektakuläre Einzelveranstaltungen durchzuführen. Die Mindesthöhe der zu beantragenden Fördersummen bei der EU schliesse eine Bewerbung gemeinnütziger Einrichtungen um diese Fördergelder aus, weil der Eigenanteil in der geforderten Höhe nicht zu leisten sei. Die Akademie habe in der Vergangenheit schon oft bedauert, dass eine Teilnahme dadurch nicht möglich sei.

Herr Mallkowsky ergänzt, dass die Mittel der Europäischen Union in Höhe von 20.000 € nicht gestückelt werden sollen und viele Akteure, gerade im ehrenamtlichen Bereich, oft Schwierigkeiten hätten, eine solche Summe für eine einzelne Veranstaltung einzusetzen. Man versuche, dies dennoch im Rahmen des Tags der Deutschen Einheit zu tun. - Abg. Lütkes merkt kritisch an, dieses Vorhaben sei eines der Leuchtturmvorhaben in Kiel, die es gerade zu vermeiden gelte, wenn man Menschen auch in anderen Regionen erreichen wolle.

Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer führt Herr Mallkowsky aus, es gebe seit einem Jahr zwei regionale Informationsrelais in Schleswig-Holstein, die so genannten Europe-Direct-Stellen. Die eine sei bei der Akademie für ländliche Räume und die andere bei der Europa-Union Schleswig-Holstein angesiedelt. Beide Stellen bekämen pro Jahr einen EU-Zuschuss von circa 20.000 € und würden darüber hinaus durch die Landesregierung co-finanziert, aus dem Landwirtschaftsministerium mit 60.000 € und aus dem Europaministerium mit 70.000 €. Die Landesregierung arbeite mit beiden Stellen eng zusammen. Die Stellen untereinander kooperierten ebenfalls, um Synergieeffekte zu nutzen.

Auf die Frage von Abg. Lütkes zur Nutzung von EU-Bildungsprogrammen führt er aus, in vielen Fällen sei nicht allein die Finanzierung problematisch, sondern es müsse vor allem darum gehen, gemachte Erfahrungen bei der Antragstellung für EU-Programme an andere Antragsteller weiterzugeben. Hier nehme der Verein der Europaschulen eine wichtige Rolle wahr. Das IQSH informiere darüber hinaus über bestehende Programme.

Abg. Fischer vermisst innovative Informationsprojekte, die über die bekannten Broschüren und Europatage hinausgingen. – Herr Mallkowsky verweist auf das Outsourcing an die Europa-Union. Es habe sich auch gezeigt, dass europäische Themen bei Akteuren dann stärkeren Widerhall fänden, wenn sie nicht abstrakt, sondern in einem konkreten fachlichen Zusammenhang dargestellt würden. Dies zeige sich zum Beispiel bei den Kommunen, die inzwischen die der Bundes- oder Landespolitik gleichrangige Bedeutung der Europapolitik für ihre

Arbeit erkannt und angenommen hätten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der Expertengruppe „Europafähige Kommune“ und auf die Reihe „Europapolitische Fachgespräche“.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Föderalismusreform

Fortsetzung der Beratung aus der gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses mit dem Innen- und Rechtsausschuss - Beratung über mögliche weitere Initiativen (Stichworte: EU-Haftung, Artikel 23 GG)

hierzu: Umdruck 16/762

Abg. Fischer weist darauf hin, dass im Rahmen der Föderalismusdebatte die Dimension Europa in der Anhörung angesprochen worden sei. Zwei Punkte seien seiner Ansicht nach noch nicht richtig aufgearbeitet, zum einen gehe es um die neue Haftungsregelung und die Stellungnahme des Landes dazu, zum anderen um die Reduzierung der Länderbeteiligung auf drei Kernkompetenzen auf EU-Ebene. Er bittet darum, den Landtagspräsidenten zu diesen Punkten in einer der nächsten Sitzungen zu hören.

Abg. Lütkes stimmt Abg. Fischer zu und bewertet die geplante Änderung des Artikel 23 Grundgesetz kritisch.

LD Dr. Schöning führt aus, die Landtage seien mit zwei Sitzen und Fragerecht in der Föderalismuskommission vertreten. Die Sachverständigen hätten zu Artikel 23 Absatz 6 GG sehr kontroverse Auffassungen vertreten. Die Landtagspräsidentenkonferenz werde sich Ende Juni mit diesem Thema befassen. Erfreulich sei gewesen, dass auch Bundestagsabgeordnete auf die Notwendigkeit der Beteiligung der Landesparlamente hingewiesen hätten. Auch der Lübecker Konvent sei positiv erwähnt worden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

Die Vorsitzende schlägt vor, der vom Sozialausschuss vorgeschlagenen Änderung zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/557, zuzustimmen. - Abg. Sönnichsen weist darauf hin, dass man dem Finanzausschuss, der seine Beratungen noch nicht abgeschlossen habe, nicht vorgreifen solle. - Abg. Schlosser-Keichel bemerkt, im Sozialausschuss sei der Beschluss einstimmig getroffen worden.

Der Bericht der Landesregierung zum Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein, Drucksache 16/416, wird abschließend einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung -, Drucksache 16/537, mit den vom Sozialausschuss vorgeschlagenen Änderungen dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Landessprachenchartabericht und Minderheitenbericht

Die Vorsitzende trägt dem Ausschuss die Bitte des Landtagspräsidenten vor, der Ausschuss möge eine Stellungnahme zum Landessprachenchartabericht abgeben. Zeitgleich könne auch der Minderheitenbericht im Ausschuss diskutiert werden. - Abg. Fischer schlägt vor, den Minderheitenbericht zeitlich vor dem Landessprachenchartabericht zu diskutieren, und zwar noch in diesem Jahr. Man wolle so verhindern, dass es nur eine gemeinsame Aussprache zu beiden Berichten gebe.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Fischer führt aus, man habe zusammen mit der Europa-Union darauf hingewirkt, im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Veranstaltung mit Elmar Brok zur EU-Verfassung durchzuführen. Der Landtagspräsident habe seine Zustimmung angekündigt. Die Veranstaltung solle vom Europaausschuss getragen werden, es gebe sogar schon eine Zusage von Elmar Brok.

LD Dr. Schöning weist darauf hin, dass es im September schon zwei große Veranstaltungen im Landtag mit Europabezug gebe. Eine zeitliche Entspannung sei sinnvoll.

Abg. Fischer stimmt den Einwänden zu, plädiert aber dafür, die Chance einer Veranstaltung mit Elmar Brok auf jeden Fall wahrzunehmen.

LD Dr. Schöning fragt nach, ob noch weitere Referenten vom Ausschuss gewünscht seien. - Im Ausschuss besteht Einigkeit darüber, möglichst wenige Referenten zu hören.

Abschließend bedankt sich Abg. Lütkes für die gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss und nimmt die guten Wünschen des Ausschusses für ihre Zukunft entgegen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Höfs
Vorsitzende

gez. Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin